

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Einzahlung von der Kasse: wöchentlich 20 Pfg., monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2,10 Mk.; durch unsere Agenten zugestellt monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postämtern vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postämter, Postboten sowie unsere Agenten und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungs- oder Verlags- oder sonstiger Verlagsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Ersatzung des Bezugspreises. Ferner hat der Abonnent in dem vorgenannten Falle keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in verminderten Umfang oder nicht erscheint. / Einzelverkaufpreis der Nummer 10 Pfg. / Abonnenten sind nicht berechtigt zu abbrechen, sondern an den Verleger, die Geschäftsstelle oder die Geschäftsstelle, Anzeigen zu belegen, sind unbedingte. / Druckerei: Wilsdruff Nr. 45.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-



Blatt

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meißen, für das
sowie für das Königliche

Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Forstrentamt zu Tharandt.

Verantwortlicher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 221.

Sonntag den 21. September 1918.

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Starke feindliche Angriffe gescheitert.

Kapital, Rohstoff, Arbeit.

Zum Wiederaufbau des gewerblichen Mittelstandes.

Es wird darüber gestritten, was hilfsbedürftigen Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes zum Wiederaufbau ihrer Existenz am notwendigsten sei: Geld, Rohstoffe oder Arbeit. Indessen stehen Kredit, Rohstoffe und Arbeitsbeschaffung in einem so engen organischen Zusammenhang, daß dem der Hilfe bedürftigen Klein- und Mittelgewerbetreibenden ohne Zweifel das eine ohne das andere wenig nützen würde. Es ist notwendig, für Kapital, Rohstoffe und Arbeit zu sorgen. Man wird aber billigerweise nicht alle Hilfe von den Behörden erwarten dürfen; das Handwerk wird auf der bewährten Grundlage genossenschaftlichen Wirkens vor allen Dingen selbst an dem Wiederaufbau des Mittelstandes arbeiten müssen. Kredit- und Rohstoffgenossenschaften werden das Fundament des Wiederaufbaus legen müssen, von dem erst so viel die Rede ist. Je größer die Zahl der einer Kredit- und Rohstoffgenossenschaft angehörigen Handwerker, um so viel kapitalkräftiger wird sie sein und um so leichter ihr die Rohstoffversorgung werden. Die Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes müssen aber mehr und mehr von der Überzeugung durchdrungen werden, daß sie durch Anschluß an eine ihrer Berufstätigkeit entsprechende Kredit- und Einkaufsgenossenschaft ihre eigenen Interessen wesentlich fördern.

Geld allein kann dem notleidenden gewerblichen Mittelstand nichts nützen; fehlt es an Rohstoffen und Arbeit, so wirkt das Geld weit eher schädlich als nützlich — es wird für Zwecke verbraucht, für die es vom Gläubiger nicht hergegeben wurde und verschlimmert die Schuldenlast des Gewerbetreibenden, da es keine nutzbringende Arbeit leistet. Es kommt aber darauf an, daß das dem Bewerber unter gewissen Voraussetzungen gewährte Kapital zur Wiederbelebung seiner gewerblichen Tätigkeit oder Neubegründung eines ausblutsreichen Unternehmens verwendet wird, daß es nicht in die Hände eines leichtfertigen, lässigen oder unethischen Mannes gerät, von dessen selbständigem Geschäftsbetrieb kein Erfolg zu erwarten ist. Darum will der von Rohstoffen, dem Direktor des Hauptverbandes deutscher gewerblicher Genossenschaften, gemachte Vorschlag, den größeren Teil der einem Bewerber gewährten Summe, diesem in Form von Rohstoffen, Maschinen und Werkzeugen auszuweisen, sehr zweckmäßig erscheinen. Es würde also nur ein kleinerer Teil der Summe dem hilfsbedürftigen Handwerker in Bargeld zur freien Verfügung überlassen werden. Allerdings wäre hier ein schematisches Verfahren nicht am Platze; eine individuelle Behandlung der Einzelfälle könnten Behörden zwar nicht durchführen, wohl aber die Kredit-, Einkaufs- und Rohstoffgenossenschaften der verschiedenen gewerblichen Berufsgruppen, da ihre Verwaltungsorgane die erforderliche Sach- und Personenkenntnis sowie die nötige geschäftliche Erfahrung auf dem gerade in Betracht kommenden gewerblichen Fachgebiete besitzen.

Doch selbst dem vertrauenswürdigsten und tüchtigsten Handwerker werden einige tausend Mark nicht viel nützen können, wenn ihm nicht der Bezug von Rohstoffen gesichert wird. Es ist schon vielfach auf eine dem Handwerk drohende große Gefahr hingewiesen worden, daß nämlich die Industrie mit ihren gewaltigen Mitteln die Rohstoffe nach Friedensschluß um jeden Preis aufkaufen könnte, um so den Wettbewerb des Handwerks und Kleingewerbes völlig auszuwischen. Das würde schließlich zu einer völligen Vernichtung des gewerblichen Mittelstandes führen. Viele Volkswirtschaftler vertreten daher den Standpunkt, daß es eine unabweisbare Pflicht des Staates sei, nach Friedensschluß im Interesse seiner Volkswirtschaft, die durch den Krieg am schwersten gelitten haben, die Rohstoffverteilung in der Hand zu behalten. Vielleicht werden sich die Verhältnisse für das Handwerk aber gar nicht so schwierig gestalten, wenn infolge der Erhaltung der Einkaufsgenossenschaften diese auf dem Warenmarkt ebenso gut wie die kapitalkräftige Industrie als Großhändler auftreten vermögen. Die Beschaffung von Rohstoffen ist aber für den Wiederaufbau des gewerblichen Mittelstandes ein Faktor von entscheidender Bedeutung. Selbst vereint vermögen Kapital und Arbeit dem bedrängten Handwerker nicht aufzuhelfen, solange Rohstoffe fehlen. Aber andererseits können auch Kapital und Rohstoffe vereint nichts ausrichten, wenn es an Arbeit fehlt. Aufgabe der Behörden wird es vor allem sein, das Handwerk an den öffentlichen Arbeiten zu beteiligen.

Es wird schon seit Jahrzehnten darüber geklagt, daß das Handwerk bei öffentlichen Ausschreibungen von den großkapitalistischen Unternehmungen in die Enge getrieben wird. Das bisherige System der Vergabe öffentlicher Arbeiten, bei welchem der Mindestfordernde den Zuschlag erhält, ist längst als höchst ungesund erkannt

worden. Unternehmer, die sich in einer verzwängten Lage befinden, arbeiten um jeden Preis für Behörden, um nur wieder Geld in die Finger zu bekommen oder ihre Gläubiger durch Einweisung auf den großen Kassenstock zu beruhigen. Die Arbeit fällt dann natürlich danach aus. Auch sonst hat das System der öffentlichen Ausschreibungen zu mancherlei unlauteren Machenschaften, großem Vertrauensmißbrauch, Beamtenbestechung ufm. geführt. An die Stelle dieses ungelunden, häufig betrügerischen Submissionswesens sollte nun im Interesse des gewerblichen Mittelstandes eine planmäßige Verteilung der Arbeiten erfolgen, wobei nicht wie bisher der Billigste, sondern der tüchtigste, der Qualitätsarbeit zu leisten vermag, zu berücksichtigen wäre. Das gebietet aber nicht nur die Lage des Mittelstandes, sondern auch eine vernünftige Bewirtschaftung der öffentlichen Mittel. Für Arbeiten, die im Interesse der Volksgemeinschaft geleistet werden, ist die beste Vergütung gerade gut genug.

Der gewerbliche Mittelstand braucht Kapital, Rohstoffe und Arbeit, um wieder auf einen guten Fuß zu kommen — nicht das eine oder andere. Wer die großen Unmengen beachtet, die der Krieg im Gewerbe hervorgerufen hat, kann sich dieser Einsicht nicht verschließen. Aber der Staat kann nicht allein alle Schäden heilen; die Hauptarbeit wird durch die Willenskraft der betroffenen Berufsstände, durch den Ausbau der verschiedenen Genossenschaften geleistet werden müssen.

Die Kriegslage und der Friedenswille.

Von unserem militärischen Mitarbeiter.
Am 14. der Vorkriegszeit stehen die Meere in schwerem Ringen. Wohl der gewaltigste Kampf seit Kriegsbeginn tobt dort ein Kampf, wie er durch Einigang an Menschen und technischer Hilfsmittel jeder Art wohl einzig dasteht. In gerader Frontalischer Sicht nach einer operativen Entscheidung treibt sich die Flotte immer wieder zum Großangriff vor, rücksichtslos opfernd, um Ziele zu erreichen, die ihm doch unerreichbar bleiben werden.

Betrachtet man sich die Lage im Großen, so ist an ihre in Vergleich zu den Jahren 1915, 16 und 17 mit Ausnahme kleiner Schwankungen auch nicht das Geringste geändert. Je fester die Stellung unserer Flotte tief in Feindesland verankert ist, je mehr sie sich zu durchbrechen. Der Angriff auf den Mittelbogen zielt ebenfalls nach weitestgehender strategischer Erfolge: Es galt, den Bogen durch Planen angriff aus der Richtung Verdun und Toul, also im Nordwesten und Süden her, einzukreisen, abzuschneiden und die darin befindlichen deutschen Verbände zu vernichten. War dieses Ziel erreicht, so hätte sich doch die Möglichkeit geschaffen, in die Brest-Ebene auf das Erzbecken von Brüssel vorzustoßen. Nach strategisch zu bedenden und gleichzeitig Hand auf die über Meer und Viedenhofen hinter unsere Westfront führen den wichtigen Verbindungen legen können.

Dieser Plan ist groß angelegt und kann fast als eine Erzeugung der alten Joffe'schen Verände angesehen werden aus der Champagne heraus im Durchbruch nach Norden unsere Hauptverbindungen hinter der Front zu fassen und gleichzeitig die deutsche Front nach Westen hin abzuschnitten. Unsere Strategie, die in Verfolg unseres Ausweichens augenblicklich Entscheidungen vermeidet, um Kräfte zu sparen hat diesen Plan durch den planmäßig vorbereiteten Abzug in die Seehemstellung des Mittelbogens vereitelt. Der Feinde wurde dabei im Augenblick des Losbruchs seines selbigen Wochen vorbereiteten Angriffs die Basis für dessen so fortige Weiterführung entzogen; er verlor also wieder kostbare Zeit, was in Anbetracht des nahenden Winters für ihn besonders unangenehm sein wird. — Nun ist zweifelslos das Ende der feindlichen Kraftanstrengungen noch nicht gekommen. Mit erneuten, gewaltigen Angriffen haben wir zu rechnen und zwar in Richtung Cambrai, zwischen Aisne und Meuse und auch zwischen Verdun und Toul. Fast sieht es aus, als ob aus Verdun heraus eine Erweiterung dieser letzten Angriffe folgen könnte.

Ob doch außerdem noch die Kräfte hat, an andere Stelle vorzustoßen — vielleicht im Elsaß — bleibt abzuwarten. Immerhin stehen wir mitten in einer gewaltigen Hochspannung, sehen ihrer weiteren Entladung aber mit der festesten Gefühls entgegen, daß die Feinde nie und nimmer durchkommen werden, trotz ihres an Massenmord grenzen den Opfers schwarzer und weißer Menschen. Wenn in diesen Augenblick der Vorschlag unseres Bundesgenossen an all kriegsführenden ergangen ist, zu unverbindlichen Besprechungen zur Herbeiführung eines Friedens Vertreter nach einer neutralen Lande zu entsenden, so entspricht dieser Vorschlag also keineswegs der für uns durchaus geistigten Kriegslage sondern rein menschlichen Erwägungen, sowie der Sorge um den Bestand des alten Europa. Man müßte eigentlich annehmen, daß der Feind angesichts seines schließlichen Scheiterns Rüstung und seiner Autokratie zu der Erkenntnis kom-

men muß, daß seine Kriegsziele unerreichbar bleiben, daß wir unüberwindlich sind. Er kann sich hieron ja in weiteren nutzlosen Anstrengungen überzeugen; denn die Kriegshandlung soll ja fortgeführt werden. Das ist also nicht Schwäche, sondern ruhige Vernunft, die diesen Vorschlag den Feinden bietet.

Unsere Friedensbereitschaft ist seit dem Friedensangebot unseres Kaisers — als Oberster Kriegsherr — vom Dezember 1918 oft genug von unserer Regierung bekräftigt worden. Jedemal war die Antwort aus dem feindlichen Lager Spot und Hohn. Unser Verteidigungskampf, unser Ringen um die Existenz mußte also weitergeführt werden und wird auch in Zukunft mit noch stärkerer Sammlung aller Kräfte fortgesetzt werden, wenn die Feinde auch diesmal sich ablehnend verhalten. Wir tun gut daran, zunächst einmal deren Antwort mit der gehörigen Skepsis abzuwarten; wissen wir doch nicht, ob sie es ehrlich meinen oder gar mit Bedingungen hervortreten, die unsere Zukunft vernichten sollen. Dann heißt es das Schwert noch fester packen!

Unsere Unbesiegbarkeit hat das deutsche Heer der Welt 4 Kriegsjahre hindurch bewiesen, es gilt, dies auch weiterhin zu beweisen. Kämpfend, zum Außersten entschlossen, haben wir abzuwarten, welchen Ton der Feind auf den Vorschlag unseres Bundesgenossen anschlägt. Hoffnungen und Wünsche gelten im Kriege nichts, allein Tatsachen und Taten beweisen. In kraftvoller Ruhe können wir abwarten! Z.

Hindenburg über die Friedensnote.

Erlaß an das Heer.

Berlin, 19. September.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat an das Heer nachstehenden Erlaß gerichtet: „Die Österreichisch-ungarische Regierung hat allen Kriegsführenden vorgeschlagen, zur Herbeiführung des Friedens zu unverbindlichen Besprechungen in einem neutralen Lande Vertreter zu entsenden. Die Kriegshandlung soll dadurch nicht unterbrochen werden.“

Die Bereitschaft zum Frieden widerspricht nicht dem Geiste, in dem wir den Kampf für unsere Heimat führen. Schon im Dezember 1916 hat der Kaiser, unser Oberster Kriegsherr, mit seinen Verbündeten den Feinden den Frieden angeboten. Mehrfach hat seitdem die deutsche Regierung ihre Friedensbereitschaft bekräftigt. Die Antwort aus dem feindlichen Lager war Spott und Hohn.

Die feindlichen Regierungen verächtlich ihre Völker und Heere weiter auf zum Vernichtungskampf gegen Deutschland. So führten wir unsern Verteidigungskampf weiter. Unser Verbündeter hat nun einen neuen Vorschlag gemacht, in Besprechungen einzutreten. Der Kampf soll dadurch aber nicht unterbrochen werden.

Für das Heer gilt es also, weiter zu kämpfen. Das deutsche Heer, das nach vier siegreichen Kriegsjahren praktisch die Heimat schirmt, muß unsere Unbesiegbarkeit dem Feinde beweisen. Nur hierdurch tragen wir dazu bei, daß der feindliche Vernichtungswille gebrochen wird.

Kämpfend haben wir abzuwarten, ob der Feind es ehrlich meint und er diesmal zu Friedensverhandlungen bereit ist oder ob er wieder den Frieden mit uns zurückweist und wir ihn mit Bedingungen erkaufen sollen, die unsere Zukunft vernichten.“

Graf Burians Mißerfolg.

Eine gemeinschaftliche Antwort des Verbandes?
Die schnelle Antwort Amerikas auf den Vorschlag des Grafen Burian hat in der ganzen neutralen Welt überreicht. Wie das „Verner Tagblatt“ meint, ist nach der amerikanischen Ablehnung die Burian-Note völlig gegenstandslos geworden; denn es ist klar, daß es dabei in erster Linie auf Wilson ankam. Mit Recht meint das Blatt, wenn Wilson seine schöne Rede in die Wirklichkeit umgesetzt hätte, so hätte der Verband kaum Einspruch zu erheben gewagt. Die Verantwortung sollte nun ganz und gar auf den Präsidenten der Vereinigten Staaten, der endlich den Schleier fallengelassen habe. Die Welt erkennt, daß Amerika sich die Vernichtung zweier großer europäischer Völker zum Ziel genommen habe.

Die Rede Clemenceaus.

Mühsam wie immer, nur durch Wilsons aus- gesprochenen Vernichtungswillen kühner gemacht und wohl auch ein wenig durch die jüngsten Ereignisse an der Westfront ermutigt, hat Clemenceau im Senat eine Rede gehalten, die zu den schätzenswerten ihrer Art zählt. Sie atmet den trunkenen Geist eines Sieges- rausches, dessen nur der Franzose fähig ist, und schon heute darf man sagen, daß der unausbleibliche Rückschlag im französischen Volke um so tiefer wirken wird, wenn sich herausstellen wird, daß der deutsche Rückzug ohne Ver-

deutung für die gesamte militärische Lage und zur den Ausgang des Krieges ist. Im übrigen verdient die Rede nur ein hartes und kaltes „Nein“ von unserer Seite. Sie ist lediglich auf „Eloß-Notbringen“ ausgelegt, und wenn Clemenceau unsere Annäherungsverläufe vor dem Kriege eine niedrige Denkelei nennt, so beweist er damit, daß nicht von deutscher Seite die Kriegsdrohung kam, sondern die französische Revanchepolitik der letzten fünfzig Jahre die Schuld daran trug, wenn keine Veröhnung zustande kam. Tausendmal laßen wir, daß die französisch-russischen Mächte den „glorreichen Tag“ vorbereitet haben, tausendmal auch, daß die beiden Verbündeten „erzittert“ seien. Es lohnt sich nicht, die Rede im einzelnen zu widerlegen.

Eine gemeinsame Note des Verbandes.

Nach französischen und englischen Blättern schloße die Antwort Wilsons, Clemenceaus und Balfours eine gemeinsame Erklärung der Alliierten nach eingehender Prüfung der Note des Grafen Burian nicht aus. Derselben Ansicht ist übrigens auch der „Manchester Guardian“. Nach diesem englischen Blatte wird die gemeinsame Antwort des Verbandes wahrscheinlich im Räte von Versailles beschlossen werden.

Ein Vorschlag zur Güte.

Dem Schweizer Bundesrat ist ein Vorschlag eingereicht worden, allen kriegführenden Staaten einen Waffenstillstand von drei Monaten für eine allgemeine Wiederwahl aller Parlamente vorzuschlagen. Dieser Vorschlag soll im Bundesrat beprochen werden.

Dem Wiener „Neuzeit“ wird dazu gemeldet: In gewissen diplomatischen Kreisen verheißt man sich nicht, daß neutrale Schritte zugunsten eines Friedens und vornehmlich ein Schritt der Schweiz im gegenwärtigen Augenblick einen gewissen Erfolg (V) haben würden. Es ist indessen nicht wahrscheinlich, daß der Bundesrat etwas unternehmen wird, ehe er nicht die Anschauungen innerhalb des Verbandes kennt.

Erklärung des Grafen Burian.

In einer Unterredung mit den deutschen Abgeordneten über die Note sagte Graf Burian, er habe den Schritt allein unternommen, selbstverständlich nicht ohne davor vorher die Verbündeten in Kenntnis zu setzen und ihrer prinzipiellen Billigung sicher zu sein. Schon deshalb, weil einerseits durch die Form des Antrages der Schein eines Friedensangebotes der Mittelmächte vermieden, andererseits weil der Antrag an alle kriegführenden Mächte unmittelbar gerichtet werden sollte. Weiteres Auseinandersetzen der Staatsmänner sei nicht nur nutzlos, sondern der Herbeiführung von Friedensmöglichkeiten eher abträglich.

Wichtigungen sehe er voraus, sie kämen aber angesichts des großen Zieles nicht in Betracht. Daß keine Lockerung des Treubundesgefüges der Mittelmächte bestehe, werde sich mit aller Deutlichkeit zeigen. Der Schritt Österreich-Ungarns sei ebenso loyal gegenüber den Bundesgenossen, wie ohne Hintergedanken gegenüber den feindlichen Mächten. Der Erfolg werde vielleicht nicht unmittelbar eintreten, die ihm zugrundeliegende Absicht werde aber zweifellos die Überzeugung stärken, daß kein bei Fortsetzung des Krieges noch möglicher Erfolg imstande sein werde, die schweren Opfer aufzuwiegen, die das blutige Ringen den Völkern noch auferlegen werde.

In der gesamten neutralen Presse wird Graf Burians Vorschlag mit großer Sympathie besprochen. Man verheißt sich indessen nicht, daß die Aufnahme, die er in den Verbündeten gefunden hat, kaum eine Hoffnung läßt, daß er praktische Folgen haben wird.

Die Beschießung von Metz.

Metz, 19. September.

Die heutigen Meldungen bringen eine amtliche Mitteilung, in der es heißt: „Seit mehreren Tagen beschießt der Feind Metz aus weittragendem Geschütz.“

Diese Beschießung ist alle die Jahre hindurch, die der Krieg schon dauert, stets möglich gewesen und wurde schon lange erwartet. Die modernen Geschütze haben eine weit größere Tragweite als etwa die der Entfernung von südlich Pont-à-Mousson nach Metz. Die jetzige Beschießung hängt also keineswegs damit zusammen, daß der Feind nach unserer Räumung des St. Mihiel-Bogens der Stadt nähergekommen ist. Sie ist nur eine Begleiterscheinung der letzten Kämpfe westlich und südwestlich Metz und wird bald aufhören, wenn diese sich erst fertiggestellt haben. Daher sind auch vom Gouvernement keinerlei Änderungen in den Bestimmungen über die Ein- und Ausreise aus dem Gouvernementsbereich erlassen worden.

Rote Rollen.

Roman von H. Courths-Mahler.

87]

Antonius machte sie eine Bewegung, als wollte sie dem Kutscher zusehen, er möge halten, dann aber sank sie in die Kissen zurück, als habe sie sich anders befohlen.

Graf Henning sah dem davontrollenden Wagen unschlüssig nach. Dann trat er zu dem Lakaien heran, der gleichfalls dem Wagen noch einigermaßen verdutzt nachblickte.

„Wer war die Dame?“ fragte Graf Henning.

Der Lakai stand stumm.

„Ich weiß es nicht, Euer Gnaden.“

„Was war ihr Begehrt?“

„Sie hat, Euer Gnaden, dem Herrn Minister in dringender Angelegenheit gemeldet zu werden und zeigte mir ein Konsulatschreiben. Sie wollte mit auch, soeben ihre Visitenkarte reichen. Da meldete ich ihr, daß Seine Excellenz der Herr Minister verstorben sei und heute beerdigt würde. Sie erschrak sehr und steckte nun schnell ihre Karte und das Konsulatschreiben wieder in ihr Handtäschchen. Sie meinte, es habe nun keinen Zweck mehr und gebot dem Kutscher, weiter zu fahren.“

Graf Henning dankte für die Auskunft und ging nachdenklich in das Jungfernschloßchen hinein.

Als er zu Josta und ihrem Gatten ins Zimmer trat, erzählte er noch ganz benommen von dem seltsamen Besuch. Josta maß der Angelegenheit, von ihrer Trauer in Anspruch genommen, nicht viel Bedeutung bei. Aber Graf Ratner starrte einen Augenblick. „War die junge Dame Josta wirklich so sehr ähnlich, Henning?“

„Unbedingt. Frage doch den Lakaien, Ratner, der sie abfertigte. Er wird es dir bestätigen.“

Ein englisches Eingeständnis.

Die Londoner „Times“ schreibt in einem längeren Artikel: „Trotz eines Luftministeriums, eines besseren Luftministers als wir verdienen, und seines Stabschefs, die beide mit vollem Ernst die Notwendigkeit in der Luft anstreben, trotz der besten Flugzeuge und Motore der Welt, haben wir doch noch nicht die Überlegenheit in der Luft erreicht, die für die zukünftige Sicherung des Landes und einem jetzigen schnellen Sieg erforderlich sind. Das liegt daran, daß die Auswahl neuer Maschinenteile und Motore, die Organisation, die Versorgung mit Material und die Überführung der neuen Arten von Flugzeugen zum Gebrauch an die Front nicht genügen.“

Dieses Eingeständnis zeigt, daß nicht die zahlenmäßige Überlegenheit in der Luft entscheidend ist, sondern die Güte der Flugzeuge und die Tüchtigkeit der Besatzung. Daß hier die Überlegenheit die Deutschen haben, zeigen unsere allmonatlichen amtlich veröffentlichten Abwärtstafeln.

Ehren-Tafel

der in den Kämpfen um Deutschlands Ruhm und Fortbestehen gefallenen Soldaten aus Wilsdruff und den Orten der Umgebung.

Franz Kilian aus Wilsdruff.
Otto Rirsch aus Grumbach.
Oskar Schönberg aus Kesselsdorf.
Ernst Max Wehder aus Weistropp.
Oskar Voest aus Weistropp.
Arno Petrich aus Klipphausen.
Georg Max Börner aus Sora.
Max Naumann aus Limbach.
Arthur Buhlig aus Blankenstein.
Arthur Schröder aus Helbigsdorf.
Friedrich Oswald Müller aus Tanneberg.
Otto Richter aus Schmiedeberg.

Ehre den Tapferen!

Schlaf in Gottes Frieden weiter,
Sein ist ja auch dort die Welt!
Und viel tausend Deutsche preisen
Guch im Geist die kalte Hand.
Doch in Ehren, unangefallen
Bleibt, wer starb fürs Vaterland!

Der Reichstanzler zur Ernährungsfrage.

Berlin, 19. September.

Vor einigen Tagen hatte sich die Generalkommission der Gewerkschaften gemeinsam mit dem Parteivorstand der Sozialdemokraten an den Reichstanzler gewandt und um Abstellung der Missetände in unserer Ernährungsfrage gebeten. Daraufhin ist jetzt eine Antwort eingegangen, in der der Reichstanzler u. a. ausführt:

Mit den Unternehmern der Eingabe und allen anderen Bevölkerungskreisen bin ich der Ansicht, daß alles geschehen muß, um die vorhandenen Nahrungsmittel möglichst gleichmäßig zu verteilen und die aus dem Steigen der Preise erwachsenden Kosten zu mildern. Als Grund für die Preissteigerung der Lebensmittel führt die Eingabe die Vorkriegs- und Kriegsernährungsämter an, die lediglich durch Preisanstrengungen die Erhöhung der Produktion zu erzielen suchten. Diese Auffassung beruht auf irrigen Voraussetzungen. Die durch das Abklingen der Jahre bewirkte Knappheit an Lebensmitteln wirkt im Zusammenhang mit dem Mangel an Arbeitskräften naturgemäß auf eine Steigerung der Preise hin. Die durch hohe Einnahmen und Löhne erhöhte Kaufkraft wirkt weiter Kreise und die Vermehrung der Geldumlaufmittel wirken in gleicher Richtung. Demgegenüber ist die Politik der

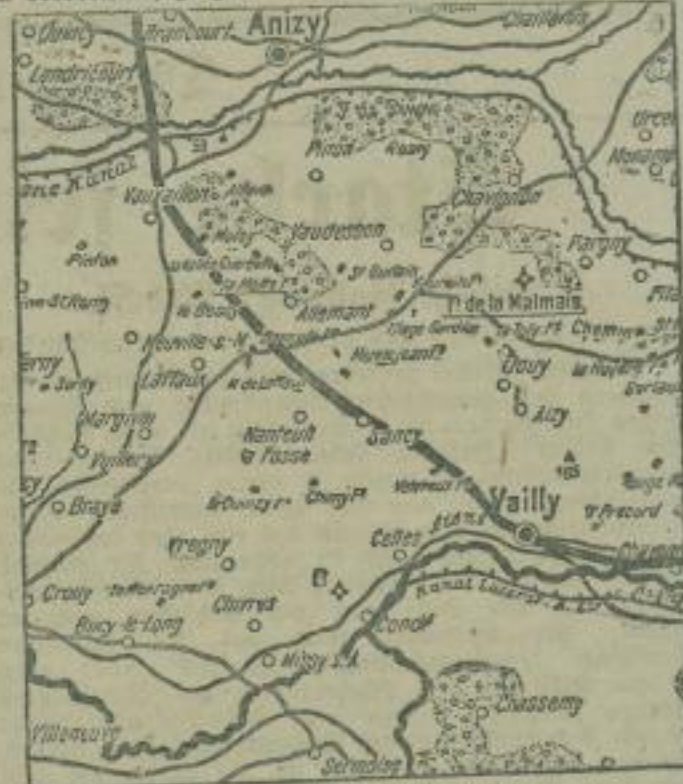
Regierung von Anfang an darauf gerichtet gewesen, die Preise für die hauptsächlichsten Lebensmittel auf erträglicher Höhe zu halten. Bei Bemessung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse muß auf die Ernteverhältnisse Rücksicht genommen werden, mit denen die Landwirtschaft während des Krieges zu kämpfen hat. Der Zucker- und Schleimhandel, die hauptsächlichste Beilegerleistungen der Kriegswirtschaft, werden mit allem Nachdruck bekämpft. Einen vollen Erfolg können die behördlichen Maßnahmen aber nur dann erzielen, wenn sie von allen Volksteilen in ihrer Bedeutung verstanden und unterstützt werden. Die Ernährungslage ist im abgelaufenen Wirtschaftsjahr im ganzen genommen ungewissen, besser gewesen als im vorhergehenden. Auch im neuen Wirtschaftsjahr wird sie sich nicht ungünstiger stellen. Dagegen kann dem Wunsche, die Kartoffelernte zu erhöhen, zurzeit nicht entsprochen werden. Erst muß der Ausfall der Ernte abgewartet werden.

Der Reichstanzler sagte schließlich, daß Schwierigkeiten in der Ernährung auch im kommenden Jahr nicht ganz vermieden werden können; sie werden aber, wie bisher, überwunden werden. Die Nahrungsmittelpreise des Jahres sind längst als gescheitert anzusehen.

Zwischen Aisne und Ailette.

Vergebliche französische Angriffe.

Zwischen der Aisne und der Ailette haben sich in den letzten Tagen schwere Kämpfe abgespielt. Nachdem am Vormittag des 17. alle Versuche der Franzosen gescheitert waren, die zwei Tage vorher unter schweren Opfern erzielte Einbruchung in der deutschen Front bei Allemant zu verbreitern, gingen die Franzosen am Nachmittag mit



frischem Einsatz von Tanks auf der ganzen Front zum Angriff vor. Anfänglich gewannen die Feinde in Richtung auf Binon Raum, wurden aber im Gegenstoß wieder zurückgeworfen. Deutsche Feldbatterien führten offen auf, setzten zahlreiche Tanks außer Gefecht und zwangen im Verein mit den Maschinengewehren der Infanterie die französischen Sturmwellen zur Umkehr. Indessen verfuhr der Feind hier erneut, einen Erfolg zu erringen. Nachdem am 18. der Artilleriekampf außerordentlich gesteigert worden war, brachen Infanterie-Angriffe gegen die Straße Ruffaut-Chavignon vor, die wiederum abgewiesen wurden.

Vom Tage.

Das Berliner Blatt „Populare“ kennzeichnet den heutigen Charakter der französischen Presse folgendermaßen: „Die Nahrung, die die französischen Blätter auszuwerfen, ist sehr arm. Jeder Markt, noch Ansehen! Vorfälle, nichts als Vorfälle, immer wieder Schwärzereien, Gerüchte und Schrecken! Seltener eine Idee, niemals aber eine menschliche große Idee! Vier Jahre lang haben die französischen Blätter auf diesen Dilemma der Dummheit und Gemeinheit fallen lassen.“ Der Spiegel sagt immer die Wahrheit, heißt es im Vorwort, aber die französische Presse hat sich in den letzten Jahren schon zu viele bittere Wahrheiten lassen müssen, daß sie schließlich auch dieses Spiegelbild, das ihr von einem „von der Kunst“ vorgehalten wird, zu dem übrigen hinter den Spiegel stecken wird. Summa da ihr das Parafengelfing längst zur zweiten Natur geworden ist!

Eine Stunde später setzte sich der imposante Trauerzug in Bewegung. Die ganze Residenz hatte Trauerflaggen gehißt, und in den Straßen, die der Zug berührte, drängten sich die Menschen.

Auch vom herzoglichen Schloß wehten Trauerflaggen, und der Herzog gab mit seinem Sohne seinem verdienstvollen und hochgeschätzten Minister das letzte Geleit.

In die Umfriedung des Friedhofes waren nur wenige Menschen eingelassen worden während der Zeit der Beisetzung. In der Nähe des Erdbegräbnisses, wo der Minister neben seiner Gemahlin die letzte Ruhestätte finden sollte, hatten sich aber doch eine Anzahl Menschen aufgestellt, natürlich in respektvoller Entfernung. Und in dieser Menschengruppe entdeckte Graf Henning während der Beisetzungsfestlichkeit die fremde Dame mit ihrer Begleiterin, die er zuletzt vor dem Jungfernschloßchen in der Mietsdrohke gesehen hatte.

Sie trug einen langen schwarzen Mantel, der ihre Gestalt einhüllte und einen schwarzen Hut. Es machte den Anschein, als seien Hut und Mantel eben erst gekauft und hastig angelegt worden. Als bei einem leichten Windstoß der Mantel auseinander flatterte, sah Graf Henning darunter das dunkelblaue Kleid, das die junge Dame im Wagen getragen hatte. Jedemfalls leuchtete das kastanienbraune Haar unter dem schwarzen Hute mit genau demselben metallischen Schimmer hervor, wie das Josta.

Graf Henning sah immer wieder zu der jungen Dame hinüber. Trotzdem sie einen Schleier trug, konnte er erkennen, daß sie einige Male zu ihm herüberblickte. Während der übrigen Zeit aber ließ sie die Gräfin nicht aus den Augen.

(Fortsetzung folgt)

Großes Hauptquartier, 20. September. (Wib. Amtlich.) Eingegangen nachmittags 1/4 Uhr.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Infanteriekämpfe nördlich von Vichy und südlich von Ypern verliefen für uns erfolgreich. Ein Vorstoß der Engländer nordwestlich von Hulluch wurde abgewiesen. Bei örtlichen Unternehmungen bei Moerens und am Walde von Havincourt machten wir Gefangene. In Moerens sprengten wir zahlreiche Unterstände des Feindes.

Heeresgruppe Generaloberst von Boehn.

Auf dem Schlachtfeld am frühen Morgen heftiger Feuerkampf. Starke Teilangriffe, die der Feind gegen Bouzancourt und beiderseits von Epehy wiederholte, wurden abgewiesen. Bayerische Regimenter und preussische Jäger zeichneten sich hierbei besonders aus. Einheitliche Angriffe richtete der Feind nach hartem Feuer am frühen Morgen

und in den Mittagsstunden gegen unsere Linien zwischen Omignon-Bach und der Somme. Sie sind auch gestern überall vor unsern Linien gescheitert.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich der Aisne machten wir bei eigenen Unternehmungen am Gschäft Baucains und westlich von Jouy 180 Gefangene. Infolge unseres Artilleriefuers, das das Unternehmen westlich von Jouy vorbereitete, kam ein beabsichtigter Angriff des Feindes nicht voll zur Entwicklung und wurde abgewiesen.

Heeresgruppe Galtwig.

Kleinere Vorfeldkämpfe. Ueber dem Gefechtsfeld zwischen Maas und Mosel schoß das Jagdgeschwader 2 unter Führung des Oberleutnants Freiherr von Boenigk in der Zeit vom 12. bis 18. September 81 feindliche Flugzeuge ab. Es verlor selbst im Kampfe nur 2 Flugzeuge. Leutnant Bächner errang seinen 30. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Neueste Meldungen.

Kaiser Wilhelm und Hetman Skoropadski.

Berlin, 19. Sept. Der Hetman aller Ukrainer, Skoropadski, ist von seinem Heilich in Deutschland wieder nach der Ukraine zurückgekehrt und in Kiew eingetroffen. Von der Presse hat er ein herliches Telegramm an den deutschen Kaiser erhalten, in dem er die Freundschaft der Ukraine mit dem Deutschen Reich hervorhob. Kaiser Wilhelm antwortete in gleich freundschaftlichen Worten.

Deutsch-peruanische Beziehungen.

Basel, 19. Sept. Die „Times“ melden aus Lima, die Regierung der Republik Peru lehnte die Kriegserklärung an Deutschland ab, entschied sich aber für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Russische Verfolgung der Ententeangehörigen.

Petersburg, 19. Sept. Wie aus Bologda gemeldet wird, hat der dortige Bolschewik Alexander Kozlov die Verfolgung des gesamten Gouvernements zur russisch-polnischen Verfolgung aller Franzosen, Engländer und Amerikaner aufgefordert. In verschiedenen Orten kam es zu Vergewaltigungen gegen die Angehörigen der Entente, bei denen einige Franzosen und Amerikaner ermordet wurden.

Gestirte Kämpfe bei Petersburg.

Petersburg, 19. Sept. In unmittelbarer Nähe der Stadt auf der Straße nach Bologda ist es zu heftigen Kämpfen zwischen Bauernbänden und roten Garben gekommen. Die Sowjettruppen haben sich zum Rückzug gezwungen und können sich an keiner Stelle vor den an Zahl überlegenen, gut bewaffneten Bauern halten.

Lloyd Georges Gesundheitszustand.

Genève, 19. Sept. Die letzten Nachrichten über das Befinden Lloyd Georges besagen, daß er sich auf dem besten Wege zu völliger Wiederherstellung befindet.

Brand in einer österreichischen Munitionsfabrik.

Wien, 19. Sept. (Amtlich.) In einer Abteilung für Geschossentronen-Entladung der Munitionsfabrik Böllersdorf ist aus bisher noch nicht ganz geklärter Ursache ein Brand entstanden, welcher durch Entzündung von Geschosskapseln rasch um sich griff und durch eine Panik unter den in dem betreffenden Raum beschäftigten Arbeitern leider eine große Anzahl von Opfern forderte. Infolge der sofort ergrienen Maßnahmen ist eine Betriebsstörung der Munitionsfabrik ausgeschlossen.

Legie Droßberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Die bevorstehende deutsche Antwort.

Berlin, 20. September. (tu.) Nach hier vorliegenden Wiener Privatnachrichten wird heute Freitag der Eingang der deutschen Antwort auf die Note des Grafen Burians erwartet. Man ist in Wien bisher von deren Inhalt soweit unterrichtet, daß die deutsche Regierung zwar den Vorschlägen des Grafen Burians grundsätzlich zustimmt, aber nicht versteht, daß sie den Erfolg des Schrittes der k. u. k. für zweifelhaft hält.

Wiedereinstellung der Fernbeschießung von Meh.

Meh, 20. September. (tu.) Die „Meher Zeitung“ meldet: Amtlich wird bekannt gegeben: Nach kurzer Pause haben die Feinde die Fernbeschießung von Meh wieder eingestellt und 40 Schuß in drei Tagen abgegeben. Das schnelle Aufhören der Beschießung danken wir unserer Fernartillerie, die den weittragenden feindlichen Geschützen weiteres Verweilen in seiner Stellung verleidete. Feindliche Flieger, meist zu amerikanischen und englischen Verbänden gehörend, sah und hörte man weiterhin sehr häufig über Meh und Umgebung. Glücklicherweise haben ihre zahlreichen, meist wahllosen Bombenabwürfe keinen Menschen verletzt und nur zum allergeringsten Teile Sachschaden verursacht. Dafür sind sie aber ordentlich zerstört worden. Von Sonnabend früh bis Dienstag früh sind westlich und südlich von Meh 40 feindliche Flieger zum Abwurf gebracht worden.

Eine neue Schiffversenkung.

Amsterdam, 20. September. (tu.) Wie aus Maas-Louis gemeldet wird, wurde der Leichter, mit dem das Schleppboot „Sun III“ heute morgen die Fahrt nach London antrat, unterwegs von einem Torpedoboot versenkt.

Deffentliche Stadtverordnetenfigung

am 19. September abends 7 Uhr.

Besprechungen und erledigt wurden in dieser Sitzung folgende Punkte:

1. An Eingängen und Mitteilungen sind zu erwähnen a) daß die Verpackung der Kommunaländerungen nach früher gefasstem Beschluß stattgefunden hat, b) daß ein neuer Maschinist im Elektrizitätswerk angestellt worden ist, c) es wird Kenntnis genommen von der Einladung des hiesigen Archivarverstandes zum Besuch des Gustav Adolf-Festes am kommenden Sonntag den 22. September in Röhsdorf und d) wird zugestimmt der Anschaffung eines eisernen Röntgenstrahlens für die Sparkasse.

2. Zur Steuereinschätzungskommission werden gewählt als Mitglieder die Herren Stadto. Seidel und Hella. Vorreher Logner und als deren Stellvertreter Fröhlich und Jähne.

3. Man erklärt sich einstimmig mit der an Herrn Rechtsanwalt Hofmann gewährten Vergütung in Höhe von 100 Mark für die Vertretung des Herrn Bürgermeister einverstanden.

4. Die Hausbeleuchtung im Stadthaus soll mit einem Kostenaufwande von 74,10 Mark so abgeändert werden,

daß die Beleuchtung für die Hausflur und Treppen getrennt eingeschaltet werden kann. Die Hausbeleuchtung wird künftig rechtzeitig ausgedreht werden, ohne daß der Zugang zu den Posträumen des Lichtes entbehrt.

5. Die ausgelagerte Schachmanweisung von 20000 Mark aus dem Referendats des Elektrizitätswerkes soll in gleicher Weise in der jetzigen Kasseanlage neu angelegt werden.

6. Einstimmig wird beschlossen, dem Kriegsblinden Herrn Schubert die Steuer für den Führerschein zu erlassen.

7. Das Gehalt der Kommunalarbeiter um Lohnhöhung wird gegen 3 Stimmen bis zur nächsten Sitzung vertagt.

8. Ueber Kriegswirtschaftsfragen berichtet Herr Bürgermeister Künzel folgendes: Nach einem Rückblick auf die bisherige, im ganzen befriedigend ausgefallene so überaus wichtige Kartoffelversorgung wird mitgeteilt, daß die Entlastung der Kartoffeln für den Winterbedarf durch die Stadt rund 400 Personen wünschen, und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die weitere Versorgung wenigstens so gut sich abwickeln möge wie bisher. Auch Frischobst vermochte in kleineren Mengen der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Sorge machte die Vorratshaltung mit Trockengemüsen. Auf die Nahrungsmittelkarten wurden vornehmlich Getreide, Teigwaren und Suppenausgegeben. Erfreulich ist die ständige Vereinfachung von Getreide, Haferflocken, Hafermehl für Wäscherinnen und Säuglinge durch den Kommunalverband. Der Vortragende gedachte hierbei dankbar der miltzvollen, erfolgreichen Versorgungstätigkeit des Kommunalverbandes. Die Vorratshaltung auch der hier besonders zahlreichen Militärkinder ist sicher gestellt. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß sie sich freudwilliger mit dem Vorhandenen begnügen möchten als es leider oft der Fall ist. Die neuere Abgabe von Viehfleisch besorgt Herr Hohlheid, der zum Schlachten und Handel die erforderliche Erlaubnis erhalten hat. Hieran können alle die Bewohner der Stadt und der nächsten Umgebung Gebrauch machen, deren jährliches Einkommen 2200 Mark nicht übersteigt. Die Abgabe erfolgt nach den ausgegebenen Nummern. Frisches Gemüse, besonders Weißkohl, war begehrt, während frische Bohnen zuletzt nur schwer abgesetzt werden konnten. Bestellungen auf Möhren, Zwiebeln, Rot- und Weißkohl sind bereits wieder durch die Kriegswirtschaftsabteilung gesammelt worden. Von dem noch reichlich vorhandenen Haushaltungsgüter hofft man an Stelle des knapp gewordenen Kaffees größere Mengen in Verbindung mit Zucker oder Rumkuchen absetzen zu können, noch soll der Ernährungsausschuß nach dazu gehandelt werden. Eier sind ganz besonders knapp geworden. Es sind 3200 Stück aus den städtischen Vorräten zur Vorratshaltung der Bewohner während der letzten fleischlosen Wochen entnommen worden. Hierzu wird Genehmigung erteilt. Der Winterbedarf an Eiern ist für die Zeit vom 1. Oktober ab sicher gestellt. Weiter folgt ein Bericht über den Stand der Viehhofversorgung. Auch hier ist die Kriegswirtschaftsabteilung eifrig tätig gewesen. Namentlich an Kohle und Karbader Preßheinen sind Vorräte vorhanden. Von einer weiteren Bestellung auf Preßheime wird abgesehen. Wegen der Gollieferung ist mit den hiesigen Händlern verhandelt worden, die auch größere Mengen versorgt und verkauft haben. 91 Raummeter stehen zur Lieferung an Kinderbewohner der Stadt gegenwärtig noch aus. In der Miltzherstraße sind bisher rund 200 Stück Männer-, Frauen- und Kinderanzüge und 84 Paar Schuhe und Stiefel aufgelaufen, wieder vorgeordnet und verkauft worden. Zur Sammlung von Männeranzügen für die Heimarmer hat die Stadt mehr als ihr aufgelegt war beigetragen. Bedauerlicher Mangel herrscht an Nähfäden. Man hofft hier auf recht baldige Besserung. Die von der Stadt beschafften praktischen Holzbohlen sind wenig abgenommen worden. Es wäre zu wünschen, daß sich die Einwohner ihren Bedarf für den Winter bald in der Kriegswirtschaftsabteilung händeln. Endlich findet noch Erwähnung die weitere Zusammenlegung der Zentralschlachtungen. Die bisher in der Stadt vorhandene wird bleiben, doch sollen ihr noch einige Ortschaften angeschlossen werden. Mit größtem Interesse wurde der alles umfassende Bericht entgegengenommen; auch unterließ es der Herr Vorsitzende nicht, Herrn Bürgermeister Künzel namens des Kollegiums noch besonders zu danken. Der öffentlichen Sitzung schloß sich eine geheime an.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 20. September.

Markblatt für den 21. September.

Sonnenaufgang 5⁴⁴ | Monduntergang 6³⁰ B.
Sonnenuntergang 6⁰¹ | Mondaufgang 5³⁰ M.

— „Geschlossene Kirchen und geöffnete Tanzsäle im fünften Jahre des Weltkrieges, das gibt zu denken“, schreibt das Appenzeller Sonntagsblatt in seiner letzten Nummer. Die Grippe zog auch durchs Schweizerland. Um die Ansteckungsgefahr zu beseitigen, haben einzelne

Kantonsverwaltungen alle öffentliche Versammlungen, auch die Gottesdienste, verboten. Darüber war zum Teil große Entrüstung. Noch mehr aber wuchs diese, als nach wenigen Tagen nicht nur die Gottesdienste wieder erlaubt, sondern auch die Tanzsäle wieder eröffnet wurden. Die Ansteckungsziffer schnellte empor. Ein Arzt eines Ortes von 3000 Einwohnern schrieb darüber: Die Ansteckung trat rapid auf. Fast alle Patienten hatten daselbst Tanzlokal besucht und sich infiziert. Mit Recht stellt der Herausgeber des Sonntagsblattes die Frage: „Ist denn in dieser furchtbaren ersten Zeit das Tanzen eine Notwendigkeit, daß es die Behörden so bald wieder gestatten mußten? Auch wir in Deutschland hatten die Grippe, aber weder geschlossene Kirchen noch geöffnete Tanzlokale. Freilich läuft man in den letzten Wochen gerade bei uns in Sachsen Sturm gegen das Tanzverbot, und zwar nicht ohne heftige Ausfälle und Verleumdungen gegen die Kirche. Hinter den Ablehnungsbescheiden der Selbstverwaltenden Generalkommandos, so wurde kürzlich auf einer Versammlung in Dresden behauptet, stehe in erster Linie auch die Kirche. Davon kann gar keine Rede sein. Das Tanzverbot ist nötig aus nationalen und aus sittlichen Gründen. Bei den fast geistigen Köhnen der Jugendlichen würde auf manchem Tanzboden ein Treiben entstehen, das zu dem gewaltigen Ernst unserer Zeit, zu dem ungeheuren Blutvergießen auf den Schlachtfeldern, zu der tiefen Trauer der Millionen von Witwen und Waisen wie ein schriller Hohn klingen würde. In einer Zeit, wo man Seebäder schließen muß um des dortigen ungläublichen Treibens willen, kann man unmöglich die Tanzsäle öffnen.“

— sel. Wo arbeitet heute noch die deutsche evangelische Mission? Infolge der allseitigen Teilnahme, die man der allmählichen Vertreibung unserer deutschen Missionare aus dem englischen Machtgebiet entgegengebracht hat, ist in weiten Kreisen Deutschlands die Meinung entstanden, als ruhe das deutsche Missionswerk auf dem Erdball zurzeit nahezu gänzlich. Das ist keineswegs der Fall. Nicht nur, daß das umfangreiche Werk der Rheinischen Mission in Niederländisch-Indien, wo die deutsche evangelische Mission mit über 150000 Gliedern ihr größtes geschlossenes Kirchenwesen geschaffen hat, ungehindert weitergeht und seinen Arbeiterstab noch unlangst durch Entsendung eines Holländers ergänzen konnte — auch die drohende Ausweisung der deutschen Missionare aus China ist in letzter Stunde noch verhindert worden. Selbst in Tjingtau haben die Japaner die deutschen Missionare zwar in ihrer Wirksamkeit stark beschränkt, aber sie bisher geduldet. Das Gleiche gilt von den durch Japan besetzten Inseln Polynesiens wie von der allerdings nicht umfangreichen deutschen Missionsarbeit in Japan selbst, so daß also auch darin die nichtchristliche Nation das missionseifrige England beschämt. Eine weitere empfindliche Kritik des englischen Vorgehens bedeutet das schonende Verhalten der Buren gegenüber der deutschen Mission. Es kommt nicht nur den zahlreichen deutschen Missionen in Südafrika zugute, die sämtlich nach wie vor an der Arbeit sind, sondern auch der schon so viel geprüften deutschen Missionsarbeit in Deutsch-Südwest, die neuerdings wieder erfreuliche Erfolge aufweist. Auch dürfte das schonende Verhalten der im Norden Deutsch-Südwests einmarschierenden Truppe, dem bisher u. a. auch die dortige Leipziger Mission ihren Fortbestand verdankt, darauf zurückzuführen sein, daß sie im Unterschied von der im Süden so furchtbar haulenden englischen Truppe von einem Buren kommandiert wurde. Schließlich wird man auch den mit neutraler und eingeborener Hilfe bisher ermöglichten Fortgang der umfangreichen Arbeit in Indien als ein Weiterwirken deutscher Kraft ansprechen dürfen. Insgesamt sind zurzeit noch über 750, d. i. mehr als die Hälfte aller deutschen evangelischen Missionare auf ihrem Posten.

— Den Kriegswitwen und Kriegswaisengeld oder Kriegswaisengeld beziehenden Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterlassen sollen mit Rücksicht auf die außerordentlichen Teuerungsverhältnisse Zuschläge zu den erwähnten Versorgungsgeldern bewilligt werden. Diese Zuschläge, die vom 1. Juli 1918 ab nachgezahlt werden, betragen allgemein für die Witwe 8 Mark, für die Halbwaise 3 Mark und für die Vollwaise 4 Mark im Monat. Waisen, die das 16. Lebensjahr überschritten haben, erhalten keinen Zuschlag. Kriegswitwen und Kriegswaisengeld, die Familienunterstützung beziehen oder während des gegenwärtigen Krieges bezogen haben, brauchen keinen Antrag zu stellen. Sie erhalten den Zuschlag ohne weiteres gegen Vorlage einer Bescheinigung über die gezahlte Familienunterstützung von der Postkasse gezahlt, bei der sie ihre Kriegswitwen- oder Kriegswaisengeld beziehen. Die Bescheinigung wird kostenlos von dem Gemeindevorsteher ausgestellt. Der Postkasse ist beim Empfang Quittung zu leisten und die Stammkartennummer anzugeben. Quittungsvordrucke werden von der Postkasse verabfolgt. Die erste Auszahlung der Zuschläge wird erfolgen, sobald die erforderlichen Vorbereitungen hierzu, die einige Zeit in Anspruch nehmen werden, beendet sind. Kriegswitwen und Kriegswaisengeld, die keine Familienunterstützung beziehen oder während des gegenwärtigen Krieges bezogen haben, werden während des gegenwärtigen Krieges bezogen haben, werden Zuschläge auf besonderen Antrag beim Vorliegen eines Bescheides bewilligt. Die Anträge sind an das für den Wohnort des Antragstellers zuständige Versorgungsamt zu richten. Das Gleiche gilt für die Hinterbliebenen aus früheren Kriegen.

— (K. M.) Am 21. September 1918 tritt eine Bekanntmachung (Nr. H. M. 580/9. 18. K. R. A.), betreffend Bestandserhebung, Beschlagnahme und Höchstpreise von Weiden, Weidenstöcken, Weidenstienen, Weidenrinde, Weidenrößen, Weidenstippen, Weidenstrauch, Weidenabfall, Kopfweiden und Naturrohr (Glanzrohr, Strohrohr usw.), in Kraft. Der Wortlaut der Bekanntmachung, die eine große Anzahl von Einzelbestimmungen enthält, ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

— Kriegs-Reserve-Secoffizieranwärter. Damit der Kaiserlichen Marine das für Heranbildung von Reserveoffizieren nötige Personal zugeführt wird, können gemäß Allerhöchster Kabinettsorder vom 24. 6. 1918 für die Dauer des Krieges junge Leute der Landbevölkerung, welche die Reife für die Unterprima erworben haben, im Bedarfsfalle auch solche mit der Berechtigung zum einjährig-frei-

willigen Dienst, zur Ausbildung zugelassen werden. Gesuche um Einstellung als Kriegs-Reserve-Offiziersanwärter werden derzeit von der Inspektion des Bildungswesens der Marine (Kriegs-Reserve-Offiziersanwärter-Abteilung) in Kiel entgegen genommen. Alles Nähere kann beim Stadtrat — Militärabteilung — erfragt werden.

— Eine sehr vernünftige Verordnung hat das General-Kommando des 11. Armee-Korps erlassen. In dieser Verordnung heißt es: „Es muß vermieden werden, daß man die kleinen Diebe hängt und die großen laufen läßt. Es sollen nicht Leute angezeigt werden, die von Verwandten und Bekannten sich unbedeutende Mengen Etwas usw. holen, während Ausläufer mit Körben voll Eiern und Butter ungehindert davonkommen.“ — Da, wo es sich um gewerbmäßigen Wucher handelt, greife man zu, aber die Zeit und Geld daran setzen, um etwas auf den Mittags-tisch zu bekommen oder etwas zur Hebung des gesunkenen Gesundheitszustandes ihrer Familie zu tun, die lasse man ungehindert. Zum Spaß werden solche Fahrten sicher nicht unternommen.

— Fortsetzung der fleischlosen Wochen? Bekanntlich haben wir nach Ablauf der jetzigen (zweiten) fleischlosen Woche noch zwei solcher Wochen zu überstehen; vom 30. September bis 6. Oktober und vom 21. bis 27. Oktober. Wie man nun hört, soll eine Festsetzung von weiteren fleischlosen Wochen zu erwarten sein. Oberbürgermeister Bläher-Dresden fährt zu der Frage u. a. folgendes aus: Wir werden mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß unsere Fleischversorgung schlechter als im letzten Jahre bleibt und daß wir die fleischlosen Wochen und die Herabsetzung der

Fleischration mehr oder weniger durch den kommenden Winter hindurch beibehalten müssen.

— Röhrsdorf. Der Wilsdruffer Zweigverein der Gustav Adolf-Stiftung hält kommenden Sonntag den 22. September sein Jahresfest hier ab. Der Gottesdienst beginnt nachmittags 3 Uhr. Alle Freunde der Gustav Adolf-Sache sind hierzu herzlich eingeladen.

— Meissen. Am Sonnabend fuhr auf der Strecke Meissen—Dresden zum ersten Male ein Wagen mit der Aufschrift: „Nur für Kriegsbeschädigte“. Die Neueinrichtung war erwünscht, weil heute die Mitreisenden auf die durch Verwundung im Gebrauch ihrer Gliedmaßen beeinträchtigten Kriegsbeschädigten leider nur noch wenig oder gar keine Rücksicht mehr nehmen. Den Bemühungen der Verwaltung des Bahnhofes Meissen ist es mit zu danken, daß auch die Arbeiterzüge mit solchen Sonderwagen ausgestattet werden. — Daß eine solche Einrichtung nötig wurde, stellt unserem Volke gerade kein gutes Zeugnis aus.

— Rössen. Die Sammlung für die Kolonialkrieger-Spende hat hier den erfreulich hohen Betrag von 1595 Mark ergeben.

— Pragatitz. In der Bahnstation Wodninn-Eic-nitz wollte eine arme Frau mit ihrer Beute, einigen Kartoffeln, einsteigen, um ihren hungernden Angehörigen Essen zu bringen. Als sie einsteigen wollte, ergriff sie von rückwärts ein Gendarm und riß sie zurück, so daß sie rücklings herabfiel und sich gefährlich verletzte. Ein Soldat, der den Vorfall mit angesehen hatte, trat nun rasch an den Gendarmen heran und durchbohrte ihn mit dem Bajonett; der Gendarm wurde getötet.

— Senftenberg. Eine Familientragödie wird aus Groß-Rätschen gemeldet. Dort erhängten der Arbeiter Chertig und seine Ehefrau ihren im Bett schlafenden 10-jährigen Sohn. Darauf begingen die Eheleute Selbstmord ebenfalls durch Erhängen. Die Eheleute sollten in nächster Zeit eine Gefängnisstrafe wegen eines Schindendiebstahls antreten. Auch war ihnen die Wohnung gekündigt worden und sie hatten dafür noch keinen Ersatz gefunden.

Kirchennachrichten

für 17. Sonntag nach Trinitatis.

Predigttext: Epheser 4, 1—6.

Wilsdruff.
Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
Nachm. 3 Uhr Gustav Adolf-Fest in Röhrsdorf.

Grumbach.
Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
Sora.
Vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst.

Limbach.
Vorm. 1/2 9 Uhr Predigtgottesdienst.
Nachm. 3 Uhr Gustav Adolf-Fest in Röhrsdorf.

Blankenstein.
Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Vorm. 1/2 9 Uhr katholischer Gottesdienst in Wilsdruff Schloßkapelle.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer i. A. Sörner, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung

über Erzeugerhöchstpreise für Mairüben.

Auf Grund des § 4 der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 9. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. Seite 307) wird bestimmt:

§ 1.

Mairüben dürfen nur noch zu den in der Bundesratsverordnung über die Preise für Hülsen-, Hack- und Oelfrüchte vom 9. März 1918 (Reichs-Gesetzbl. Seite 119) für Wasser-, Herbst- oder Stoppelrüben (Turnips) festgesetzten Preisen gehandelt werden.

§ 2.

Diese Bekanntmachung tritt am 20. September 1918 in Kraft.

Berlin, am 13. September 1918.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Der Vorsitzende: von Tilly.

1665 V G 2.

Die Lieferung von Kartoffeln auf Landeskartoffelkarte.

Im Anschluß an die Verordnung 1910 V L A IV des Königl. Ministeriums des Innern vom 7. September 1918 wird folgendes bestimmt:

1. Jeder Kartoffelerzeuger ist berechtigt, den nach Erfüllung seiner ihm durch die Gemeinde vorgeschriebenen Ablieferungs-pflicht von 70 Ztr. auf das ha Herbstkartoffelanbau-fläche verbleibenden Ernte-Überschuß auf Landeskartoffelkarten zu verkaufen, doch dürfen nur solche Landeskartoffelkarten beliefert werden, welche vorher dem Kommunalverband vorgelegt haben und von diesem mit dem Stempel der Amtshauptmannschaft versehen worden sind.

2. Die Vergebung von Kartoffeln mit der Bahn oder mit dem Schiff ist nur zulässig auf Grund von vom Kommunalverband abgestempelten Frachtbriefen.

Kartoffelerzeuger oder Kartoffelkäufer, die auf Landeskartoffelkarten gehandelte Kartoffeln aus dem Bezirke Meissen-Land verschicken wollen, haben deshalb die Landeskartoffelkarten und die vollständig ausgefüllten Frachtbriefe der Amtshauptmannschaft zur Abstempelung einzureichen.

3. Zur Deckung der durch die Ausfuhrüberwachung entstehenden Unkosten ist bei der Abstempelung der Karten eine Vergütung von 20 Pfg. auf jeden Zentner auszuführender Kartoffeln zu entrichten.

4. Jede Veräußerung und jeder Erwerb von Kartoffeln außer auf Landeskartoffelkarte (oder — soweit Bezirkslieferungen in Frage kommen — auf amtlichen Einkaufsschein) ist verboten.

5. Die Kartoffelerzeuger haben auf der Rückseite der belieferten Kartoffelmarktenabschnitte A, B oder C ihren Vor- und Zunamen zu schreiben und innerhalb der laufenden Woche an die Gemeindebehörde abzuliefern. Die Gemeindebehörde prüft, ob die Abschnitte den Vor- und Zunamen des Erzeugers tragen, und reicht die bei ihr eingegangenen Marken jedesmal Sonntags an den Kommunalverband ein, damit sie den einzelnen Erzeugern auf der über sie geführten Wirtschaftskarte gutgeschrieben werden können.

6. Vergehen gegen Absatz 1, 2 und 5 dieser Bekanntmachung werden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 18. Juli 1918 mit polizeilicher Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder Haft, Zuwiderhandlungen gegen Absatz 4 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Auch können die Kartoffeln, auf die sich das Vergehen bezieht, ohne Entschädigung als dem Kommunalverband verfallen erklärt werden.

Meissen, am 18. September 1918.

Nr. 802 g II K.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Vieh-Abgabe.

Der Bezirk der Amtshauptmannschaft Meissen ist mit seiner Viehablieferung nach im Rückstand, so daß die Versorgung der Bevölkerung in Frage gestellt ist, wenn nicht sofort Abhilfe geschieht.

Nach der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 6. August 1918 haben die einzelnen Viehhalter die ihnen obliegende Auflage in der Weise zu erfüllen, daß von der aufzubringenden Zentnervahl

etwa 1/2 in der Zeit vom 10. August bis 10. September,
etwa 1/3 in der Zeit vom 10. September bis 10. Oktober,
etwa 1/3 in der Zeit vom 10. Oktober bis 10. November

abzuliefern ist.

Die Amtshauptmannschaft weiß, daß die Ablieferung des Viehes zurzeit durch die augenblicklich günstigen Futterverhältnisse und das Bestreben der Landwirte, einigermaßen angemessenes Vieh zur Abgabe zu bringen, hinausgeschoben worden ist, allein die zurzeit durch die Kürzung der Fleischrationen und die Einführung der fleischlosen Wochen geringere Viehabgabe verträgt keineswegs eine weitere Verzögerung.

Die Landwirte müssen daher alles zurzeit irgendwie verfügbare Schlachtvieh, mindestens aber 1/2 ihrer Auflage sofort abgeben. Wird die Abgabe des Viehes in der allernächsten Zeit nicht ganz erheblich besser, so muß die Amtshauptmannschaft zu ihrem Bedauern dazu vorrücken, sämtliches bis zum 10. November angeschmittenes Schlachtvieh sofort abzurufen, und falls die Abgabe nicht freiwillig geschieht, zur Enteignung überzugehen.

Meissen, am 16. September 1918.

Nr. 520 II L.

Kommunalverband Meissen-Land.

Verteilung von Zucker, Marmelade und Haushaltstee.

Anmeldungen auf 125 Gramm Zucker, 125 Gramm Marmelade und 1 Paket Haushaltstee für 103 Pfg. auf blauen Warenbezugschein Nr. 38 am 21. bis 23. ds. Mts.

Wilsdruff, am 20. September 1918.

Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

Inseraten-Teil.

Lindenschlößchen · Lichtspiele.

Sonntag den 22. September abends 8 Uhr

„Das Opfer der Hella Rogesius“. Drama in 4 Akten nach dem Roman „Die Ehre des Stephan Rogesius“ von Loberger.

Nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung.

Für

2. Januar 1919

Knechte, Mägde, Pferdejugen jeden Alters.

Bernhard Pollack,

Stellenvermittler, Wilsdruff, Markt 10. Fernsprecher 512.

Flügel, Klavier

od. Tafelklavier a. Privat mit Breisangabe zu kaufen gesucht. Regel, Dresden, Reitenstraße 34.

Kaufe Schlacht-pferde zu geringlichen Preisen.

August Hohlheid, Wilsdruff, Reitenstr. 544. Im Ratfalle sofort zur Stelle.

Für die uns aus Anlaß unserer Vermählung dargebrachten zahlreichen Geschenke, Glück- und Segenswünsche sagen wir hierdurch zugleich im Namen unserer Eltern

herzlichsten Dank.

Kausbach und Oberhermsdorf, am 19. September 1918.

Rudolf Piech und Frau Hedwig geb. Redep.

Möbl. Zimmer

von besserem Herrn in guter Familie gesucht. Bett usw. kann mitgebracht werden. Offerte an Birkner, Meissen, Neumarkt 40.

Ordentliches, zuverlässiges Mädchen,

nicht unter 18 Jahren, bei gutem Lohn für sofort oder 1. Oktober gesucht.

Grete Pöhl, Tharandt, Markt 35.

Osternmädchen

nach Dresden in gute Stelle gesucht. Näheres bei Herrn Vogel, Wilsdruff, Reitenstraße 72.

Mädchen,

15—17 Jahre, Halb- oder elternlos, welches im Haushalt etwas bew. ist, wird von ein. Geschäftsdame sofort gesucht. Seib kann sich im Tagelohn im Verlehn u. a. b. b. Stelle ang. u. d. a. v. b. b. Andrich, Dresden, Am Stee 25.

Gasthof Limbach.

Großes Kunstfiguren-Theater.

(Vom Großherzog zu Lothara als preisgekrönt ausgeschrieben.)

Sonntag 2 Vorstellungen: nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr.

4 Akte. Johann Faust. 4 Akte.

Eintritt: Erwachsene 50 Pfg., Kinder 25 Pfg.

Um gütigen Besuch bittet E. Bierhold, Direktor.

Junges, kinderloses Ehepaar sucht Wohnung, 2 Stuben, Kammer, Küche nebst Zubehör per 1. Januar oder später. Offerten unter 3390 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Sauberer Druck

macht, dass auch eine einfache Drucksache schön aussieht. Die Buchdruckerei von Arthur Zschunke in Wilsdruff liefert stets

sauberen Druck

Kiefern Brenn-Holz

verkauft noch ab diesem Lagerplatz

Baumeister Richard Schüricht, Wilsdruff.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis 11 Uhr vor-mittags anzugeben.